

Stellungnahme zur Drucksache 19/1273:

Die Fridays-For-Future-Bewegung in Schleswig-Holstein begrüßt den Vorstoß der SPD, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Dennoch lesen wir nur Worte, die rechtlich nahezu folgenlos sind. Wir fordern mehr als nur Symbolpolitik.

Wir fordern, dass es, ähnlich wie bei der inzwischen in der Verfassung verankerten Schuldenbremse aus dem Jahr 2010, rechtlich bindend wird, ab 2035 nicht mehr Emissionen in Schleswig Holstein auszustoßen, als auch in Schleswig Holstein durch die Natur gebunden werden. Auf diese Nullsumme müssen wir in einem linearen Pfad kommen. Artikel 61 besagt: *„Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“* Das muss auch für die Klimapolitik gelten. Denn hier gibt es noch nicht einmal die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen.

In der Begründung des Gesetzentwurfs haben Sie auf die Pariser Klimaziele verwiesen. Sollten Sie diese, wie Sie es uns in vielen Gesprächen der vergangenen Wochen versichert haben, ernst nehmen, ist es Ihre Verpflichtung, diese Ziele in eine bindende Gesetzgebung zu bringen. Denkbar wäre es allenfalls, analog zum föderalen Finanzausgleich, eine Regelung zu finden, die im Ausgleich mit anderen Ländern bundesweite Klimaneutralität bis 2035 ermöglicht.